

aus den USA und der EU machten 13,6% aus. (XNA, 18.10.00)

Die Regierung der SVR Macau hat zwei Mobiltelefon-Lizenzen an „Hutchison“ und „SmarTone“ vergeben. Dies teilte der Sekretär für Transport und öffentliche Einrichtungen, Ao Man Long, am 18. Oktober mit. Die beiden Gesellschaften treten in Konkurrenz zur Macau Telecommunications Company, die den Markt bisher monopolisiert hat. Acht Gesellschaften aus der VR China, Hongkong, Macau und Singapur hatten Gebote gemacht. Die Entscheidung für „Hutchison“ und „SmarTone“ sei auf Grund der Erfahrung, der finanziellen Aussichten und der Kapazitäten in der Technologieentwicklung gefallen, so Ao Man Long. „Hutchison“ sei die größte Mobiltelefon-Gesellschaft in Hongkong, und „SmarTone“ die erste Gesellschaft, die den GSM900/1800 Dienst auf der Welt angeboten habe. Ursprünglich waren drei Lizenzen im Gespräch gewesen. Der Sekretär deutete an, dass die dritte Lizenz für das CDMA-System geplant gewesen sei, aber keiner der acht Bewerber um das System nachgesucht habe. (Macau Government Information Bureau website, 20.10.00) -ljk-

---

## Taiwan

---

### 43 Kontroverse über Atomenergie: von der Regierungskrise zur Staatskrise

Taiwans Präsident, der mit seiner Regierung schon zuvor in immer schwereres Fahrwasser geraten war, sah sich im Oktober neuen Problemen gegenüber, die sich Ende des Monats zur Staatskrise auszuwachsen drohten.

Auguren hatten es kommen sehen und sich bereits über die Auswirkungen gesorgt, aber der Schritt kam zu diesem Zeitpunkt denn doch für alle überraschend: Am 3. Oktober erklärte Premierminister Tang Fei seinen Rücktritt. Als Grund führte er seine angeschlagene Gesundheit an. (CNAT, nach SWB, 3.10. und 5.10.00) Das Argument trifft zwar zu, denn schon Tang Feis Amtsantritt im Mai war wegen einer vorangegangenen Tu-

moroperation gefährdet gewesen, kann aber nicht als die ganze Wahrheit gelten. Ein wichtiges Argument dürfte für den 68-Jährigen auch die sich verschärfende Kontroverse um die Zukunft der zivilen Atomenergienutzung gewesen sein, eine Auseinandersetzung, die auch die Regierungsmannschaft entzweite und der Tang sich angesichts seiner gesundheitlichen Labilität offenbar nicht mehr gewachsen fühlte. Tang hatte schon zuvor mit seinem Rücktritt gedroht, falls das Projekt des vierten Atomkraftwerks (AKW), das zu einem Drittel fertiggestellt ist, entgegen seiner Überzeugung aufgegeben werden sollte. (FT, 2.10.00) Präsident Chen, der ein früheres Rücktrittsgesuch Tangs abgelehnt hatte (vgl. C.a., 2000/7, Ü 39), gab dem Wunsch des Premiers diesmal nach. (IHT, 4.10.00)

Tang Fei war keine fünf Monate im Amt und damit der am kürzesten amtierende Ministerpräsident in der Geschichte Taiwans. Zu seinem Nachfolger wurde der 62 Jahre alte bisherige Vizepremier und langjährige Parlamentarier Chang Chun-hsiung (Zhang Junxiong) bestimmt. (CNAT, nach SWB, 5.10.00) Auf Changs bisherigen Posten wurde der bisherige Oberste Richter Lai In-jaw (Lai Yingzhao) berufen. Gleichzeitig fand ein begrenztes Kabinettsrevirement statt. Prominentestes „Opfer“ war Finanzminister Shea Jia-dong (Xu Jiadong), der dem Präsidenten kurz nach Tang Fei ebenfalls sein Rücktrittsgesuch vorlegte. Shea, von Haus aus eher Wissenschaftler als Politiker, war in der Öffentlichkeit erhebliche Mitschuld an der anhaltenden Aktienbaisse angelastet worden. Unter allen Ministerkollegen hatte er am Schluss die schlechtesten Popularitätswerte zu verzeichnen. Seine Stelle nahm der bisherige stellvertretende Finanzminister Yen Ching-chang (Yan Qingzhang) ein. Yan kennt die Arbeit am Finanzministerium seit über zehn Jahren und gilt als deutlich erfahrener in Sachen Finanzpolitik als sein Vorgänger. (CNAT, nach SWB, 6.10.00; <http://interactive.wsj.com>, 6.10.00)

Dem Wechsel im Amt des Ministerpräsidenten kommt nach Lage der Dinge eine Bedeutung zu, die über den Austausch einer Person durch eine andere deutlich hinausgeht: Der ausgeschiedene Tang Fei war Mitglied der

Nationalen Volkspartei Kuomintang (Guomindang, KMT), die im Parlament die größte Fraktion stellt, und genoss in der Öffentlichkeit großes Ansehen. Damit bildete er den personellen Stützpfeiler für Chen Shui-bians Konzeption einer auf parteiübergreifendem Konsens beruhenden „Regierung für das Volk“. Tangs Amtsnachfolger ist dagegen Mitglied der Demokratischen Fortschrittspartei (DPP) des Präsidenten. Indem Chen einen alten Parteigenossen ins Amt des Ministerpräsidenten hob, zog er letztlich die Konsequenz aus dem schon zuvor erkennbaren Scheitern seiner Konsenspolitik, auch wenn er ebendieses Scheitern in einem Interview mit der *Washington Post* leugnete. (CNAT, nach SWB, 6.10.00; vgl. C.a., 2000/9, Ü 42) Die Vorteile für Chen sind greifbar: weniger Grundsatzkonflikte als mit Tang Fei sowie eine stärkere Betonung von DPP-Positionen, mithin ein Weniger an Kritik aus der eigenen Fraktion und ein Mehr an konsequenter politischer Linie. Gleichzeitig aber wurde mit der Berufung Chang Chun-hsiungs deutlicher als bisher, dass es sich bei Chen Shui-bians Mannschaft nur um eine Minderheitsregierung handelt und Koalitionsgespräche nie geführt wurden. Mit anderen Worten: Die neue Regierungsmannschaft wird es noch schwerer finden als die alte, ihre Politik im Parlament auch durchzusetzen.

Dass in der Politik nunmehr erklärte DPP-Positionen stärker zur Geltung kommen würden, zeigte sich nirgends deutlicher als bei der Frage, ob der bei Gongliao an Taiwans Nordküste im Bau befindliche vierte Atomreaktor weitergebaut werden sollte oder nicht. (Vgl. C.a., 1999/3, Ü 43) Die KMT, die das Projekt beschlossen hatte, war mehrheitlich dafür, ebenso die PFP (People First Party), die sich von der KMT abgespalten hatte, während die DPP mit der Forderung nach einem Ausstieg aus der Atompolitik und speziell nach einem Baustopp für das vierte Atomkraftwerk in den Wahlkampf gezogen war. Vor allem für den Präsidenten stand und steht mit der Anti-Atom-Politik seine Glaubwürdigkeit gegenüber seinem Wahlvolk auf dem Spiel. Ministerpräsident Tang Fei dagegen hatte sich bereits dezidiert für den Weiterbau ausgesprochen, jedoch erkennen müs-

sen, dass er mit seiner Linie im Kabinett nicht genügend Unterstützung finden würde, zumal sich Wirtschaftsminister Lin Hsin-yi (Lin Xinyi), obwohl wie er selbst KMT-Mitglied, zu einem Wortführer der Anti-AKW-Fraktion im Kabinett entwickelt hatte; Lin wurde ebendeswegen am 19. Oktober aus der KMT ausgeschlossen. (CNAT, nach SWB, 20.10.00) Nach Tangs Ausscheiden nun war eine Entscheidung pro Baustopp abzusehen. Der neue Premier gab einen entsprechenden Beschluss am 27. Oktober bekannt. (CNAT, nach SWB, 28.10.00)

Die Argumente pro und kontro Kernkraft, die die Diskussion in Taiwan seit vielen Jahren bestimmen und nun erneut aufeinander prallten, sind größtenteils auch aus der deutschen Atomkraftdebatte bekannt. Vornan stehen folgende Fragen:

#### WIE HOCH IST DAS BETRIEBSRISIKO DER REAKTOREN?

Die KMT-Opposition hielt den AKW-Gegnern von der DPP und speziell Wirtschaftsminister Lin hierzu vor, sie missachteten die Tatsache, dass der neue vierte Reaktor zehn mal so sicher sei wie jeder der existierenden drei, es sei daher ratsamer, den neuen fertigzustellen und dafür die alten eher vom Netz zu nehmen. (CNAT, nach SWB, 5.10.00) AKW-Kritiker verweisen dagegen auf die hohe Siedlungsdichte im Umkreis des neuen Reaktors und die entsprechend unkalkulierbaren Risiken im Falle eines Unfalls.

#### WIE GEFÄHRDET IST DIE VERSOR- GUNGSSICHERHEIT, WENN AUF DAS VIERTE AKW VERZICHTET WIRD?

Während in der BRD der Siebzigerjahre das Argument, im Lande würden ohne weitere AKWs „die Lichter ausgehen“, angesichts gewaltiger Überkapazitäten wenig Glaubwürdigkeit beanspruchen konnte und sich später denn auch als nichtig erwies, sieht die Lage in Taiwan weniger eindeutig aus. Zum einen sind die Kapazitätsreserven in der taiwanischen Stromversorgung insgesamt vergleichsweise gering, zum zweiten weisen Befürworter des vierten AKW auch daraufhin, dass der hochindustrialisierte und dicht besiedelte Norden der Insel Strom aus Südtaiwan importieren muss - mit entsprechenden Leitungsverlusten und unter erhöhtem Risiko, was die Versorgungssicherheit des Nordens angeht,

wie sich zuletzt beim Erdbeben vom September 1999 zeigte. (CNAT, nach SWB, 6.10.00; vgl. C.a., 1999/9, Ü 39, 1999/10, Ü 41) AKW-Befürworter erkennen angesichts steigenden Stromverbrauchs in der schwindenden Versorgungssicherheit vor allem eine Gefahr für Taiwan als Investitionsstandort.

#### WELCHE ALTERNATIVEN HAT TAIWAN ZUR STROMERZEUGUNG DURCH ATOMKRAFT?

Wirtschaftsminister Lin fasst hier vor allem die rasche Errichtung von flüssiggasbetriebenen Kraftwerken ins Auge. Kritiker halten dem entgegen, die Kraftwerke ließen sich nicht schnell genug realisieren, und der Betrieb sei zu teuer. Die AKW-Befürworter projizieren allerdings vergangene Zuwachsraten beim Stromverbrauch ohne weiteres in die Zukunft. Möglichkeiten der Intensivierung der Stromnutzung durch effektivere Geräte und andere Stromsparmöglichkeiten wurden in Taiwan bislang wenig diskutiert, obwohl sich diese „Stromquelle“ gerade in den europäischen Industrienationen der Neunzigerjahre als ergiebig herausgestellt hat und hierin weiterhin ein hohes Potenzial für die Zukunft gesehen wird.

#### WOHIN MIT DEM ATOMMÜLL?

Auf diese für Taiwan wohl gravierendste der Fragen wissen auch die Befürworter eines weiteren Ausbaus der Atomenergie auf der Insel keine richtige Antwort. Bislang wurde Atom- müll auf der zu Taiwan gehörenden Südseeinsel Lanyu oberirdisch gelagert, ein in jeder Hinsicht unhaltbarer Zustand. Pläne, den strahlenden Müll mindestens teilweise nach Nordkorea zu verschiffen, wurden bislang nicht verwirklicht. Kritiker verwiesen hinsichtlich der ökologischen Risiken auf den steigenden Kohlendioxid- ausstoß bei den als Alternative vorgeschlagenen Verbrennungskraftwerken. (CNAT, nach SWB, 3.10.00; FT, 2.10.00)

Neben diesen grundlegenden Fragen zur Zukunft der Atomenergie führten die Befürworter des vierten AKW noch das Glaubwürdigkeitsargument ins Feld: Taiwan habe international verlässlich zu sein und erweise sich einen schlechten Dienst, wenn es geschlossene Verträge kündige. Von der Stilllegung des Baus besonders betrof-

fen ist die US-Firma General Electric, mit der ein Vertrag im Wert von 1,8 Mrd. US\$ geschlossen wurde. (FT, 2.10.00) Diskutiert wurden auch Fragen der militärischen Sicherheit im Zusammenhang mit der Atomenergienutzung sowie mit der Blockadefähigkeit bei alternativen Kraftwerken, die einen kontinuierlichen Nachschub fossiler Brennstoffe aus dem Ausland erfordern. (CNAT, nach SWB, 10.10.00) Verteidigungsminister Wu Shih-wen (Wu Shihwen) erklärte dazu, unter militärischen Gesichtspunkten solle der Bau des neuen AKW vollendet werden. (SCMP, Internetausgabe, 9.10.00)

Eine besondere Rolle im Versuch, die Frage nach Weiterbau oder Baustopp beim vierten AKW zu objektivieren, spielte die Frage nach den Kosten. Wirtschaftsminister Lin zufolge würde die Vollendung des AKW zusätzlich zu den bereits investierten 90 Mrd. NT\$ weitere 120 Mrd. NT\$ erfordern, während für alternative Kraftwerke von privaten Investoren lediglich 75 Mrd. NT\$ zu veranschlagen seien. Neben den ökologischen Überlegungen im Zusammenhang mit der Atommülllagerung sah Lin dies als Hauptargument für einen Baustopp an. (CNAT, nach SWB, 3.10.00) Die Stilllegungskosten des vierten Reaktors wurden inklusive Beseitigung der fertig gestellten Teile sowie Entschädigung der betroffenen Vertragspartner allerdings auf zusätzlich 75,1 bis 90,3 Mrd. NT\$ beziffert. (SCMP, Internetausgabe, 4.10.00) Das Kostenargument der Baustopp-Befürworter wirkt insofern nicht eben stichhaltig.

Bei der Verkündung des Baustoppbeschlusses führte Premierminister Zhang sechs Gründe als ausschlaggebend an:

- der Baustopp gefährde nicht die Versorgungssicherheit,
- konkrete und realisierbare Alternativen stünden zur Verfügung,
- es gebe keine angemessene Lösung für das Atommüllproblem,
- die Folgen einer möglichen Reaktorkatastrophe seien schwer beherrschbar,
- die Kosten des Baustopps seien geringer als die Kosten des Weiterbaus,

– die Regierung strebe die Entwicklung Taiwans zur „atomfreien“ „grünen Silikoninsel“ an.

Im Zusammenhang mit dem Baustopp habe die Regierung ein energiepolitisches Maßnahmenpaket beschlossen, das unter anderem die Deregulierung der Stromwirtschaft vorsehe. (CNAT, nach SWB, 28.10.00)

Die Kabinettsentscheidung, die etwa einen Monat früher kam, als zunächst angekündigt, entfesselte einen Sturm der Entrüstung. Vor allem die KMT fühlte sich brüskiert, nachdem ihr Vorsitzender Lien Chan (Lian Zhan) unmittelbar vor der Bekanntgabe noch mit Präsident Chen Shui-bian konferiert und den Vorschlag wiederholt hatte, als Ausgleich für die Fertigstellung des vierten Reaktors die anderen drei vor Ablauf ihrer Betriebsdauer stillzulegen. Chen hatte bei diesem Treffen über den bereits gefassten Beschluss kein Wort verloren. (CP, 28.10.00; SCMP, Internetausgabe, 28.10.00) Schockiert zeigten sich auch Vertreter der Industrie. Die Entscheidung gegen das AKW erhöhe die Bereitschaft, Produktion ins Ausland zu verlagern. (CNAT, nach SWB, 28.10.00)

In der Folge sehen sich Chen Shui-bian und seine Regierung nun dem geballten Widerstand der Legislative gegenüber, auf deren Kooperation sie unter anderem im Hinblick auf den Etat des kommenden Jahres angewiesen sind. Schwerer noch wiegt, dass sich Taiwan nunmehr auf dem Weg in eine Staatskrise befindet: Die Opposition steht auf dem Standpunkt, der Bau des Reaktors sei vom früheren Parlament beschlossen worden, und die Regierung dürfe diesen Beschluss nicht einfach ignorieren. Konsequenterweise wurde aus den Oppositionsfraktionen die Forderung laut, ein Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten, mindestens aber ein Misstrauensvotum gegen den Premierminister einzuleiten. (CP, 30. und 31.10.00)

Chens einzige Hoffnung besteht derzeit darin, dass sich die Rivalität zwischen der KMT (115 von 221 Parlamentssitzen) und der PFP (17 Sitze) als stark genug erweisen könnte, Schlimmstes zu verhindern. Die PFP zieht nämlich ein Verfahren vor, das auf vorgezogene Neuwahlen hin-

ausläuft, während die KMT ebendiese vermeiden möchte. Was aber immer an schwerem Geschütz gegen Regierung und Präsident gesetzlich zur Verfügung steht, erfordert letztlich eine Zweidrittelmehrheit, die bei 148 Stimmen liegt. KMT und Neue Partei (9 Sitze) allein erreichen dieses Quorum nicht. Eine Abstimmung am 31.10., die im Falle des Erfolges ein Referendum zur Ablösung des Präsidenten zur Folge gehabt hätte, scheiterte bereits, weil die nötige Mehrheit verfehlt wurde. (<http://interactive.wsj.com>, 1.11.00) Gleichwohl hat Chen Shui-bian sich und seine Regierung mit dem Anti-AKW-Beschluss in eine äußerst prekäre Lage gebracht, aus der er sich wohl nur unter erheblichem Glaubwürdigkeitsverlust wieder befreien kann. Parlamentarier seiner eigenen Fraktion hatten ihn zuvor vergebens davor gewarnt, es in der Frage der Atomenergie auf einen Machtkampf mit der Parlamentsmehrheit ankommen zu lassen. (CP, 26.10.00) -hws-

#### 44 **Übernimmt Taiwan das Transkriptionssystem Hanyu Pinyin?**

Bereits im letzten Jahr, am 26. Juli, hatte die damalige KMT-geführte Regierung beschlossen, dem in Taiwan herrschenden Chaos in Sachen Lateinumschrift des Chinesischen ein Ende zu machen und das in der VR China entwickelte System Hanyu Pinyin, das sich seit den Achtzigerjahren international durchgesetzt hat, zu übernehmen. Der damalige Beschluss hatte jedoch keinen Bestand gehabt: Vermutlich auf Grund erheblicher Widerstände gegen diese „Unterwerfung“ unter einen vom Festland vorgegebenen Standard war das Erziehungsministerium beauftragt worden, die Angelegenheit erneut zu diskutieren. ([www.taipeitimes.com](http://www.taipeitimes.com), 24.10.00)

Die neue Regierung ist vor ihrem unabhängigkeitsorientierten Hintergrund der Verwendung von Hanyu Pinyin gegenüber offenbar noch kritischer als die KMT eingestellt. Im Oktober kam es zu dem Thema erneut zu hitzigen Auseinandersetzungen. Dabei stehen sich Befürworter des Hanyu Pinyin einerseits und des in Taiwan entwickelten Tongyong-

Systems andererseits gegenüber. Beide Transkriptionssysteme unterscheiden sich tatsächlich nur wenig voneinander. Tongyong-Befürworter führen jedoch ins Feld, ihr System erlaube auch die phonetische Wiedergabe der lokalen Dialekte Minnanhua (Süd-Fujian-Dialekt) und Hakka, während Pinyin-Vertreter darauf verweisen, dass Tongyong keine Aussichten habe, sich international gegen Pinyin (das auch für *China aktuell* Standard ist und hier in den Beiträgen zu Taiwan im Klammern erscheint) durchzusetzen. Verkompliziert wird die Materie dadurch, dass sich weiterhin auch Befürworter anderer Umschriftverfahren zu Wort melden, die in Taiwan ebenfalls im Gebrauch sind, darunter die speziell zu Unterrichtszwecken entwickelte phonetische Silbenschrift Zhuyin Fuhao (auch als Bopomofo bekannt) sowie das Yale-System.

Dass das Problem dringend einer Lösung bedarf, ist angesichts des herrschenden Umschriftchaos unbestritten. Selbst ein und derselbe Straßename erscheint auf verschiedenen Schildern vielfach in unterschiedlicher Lateinumschrift, und auch des Chinesischen Kundige können beispielsweise aus der Transkription eines taiwanischen Politikernamens nur in Ausnahmefällen die wirkliche hochchinesische Aussprache erschließen. Ende Oktober entschied nun Erziehungsminister Ovid Tzeng (Zeng Zhilang), Pinyin als Standardumschriftsystem auch für Taiwan einzuführen. Sein Hauptargument: Taiwan könne und solle sich nicht gegen den Rest der Welt stellen. Daraufhin erklärten alle 27 Mitglieder des mit der Diskussion der Umschriftfrage betrauten - und von DPP-Anhängern beherrschten - Mandarin Promotion Committee ihren Rücktritt, und der Entwickler des Tongyong-Systems forderte die Regierung auf, Tzengs Beschluss zu überstimmen.

Die Meinungen, welches System nun das zu praktizierende werden solle, sind auch innerhalb der Parteien geteilt. Ebenfalls für Pinyin machte sich der Bürgermeister von Taipei, das KMT-Mitglied Ma Ying-jeou (Ma Yingjiu), stark. Nach Lage der Dinge ist vor allem wegen der starken Politisierung der Umschriftfrage zu befürchten, dass Ausländer noch längere Zeit mit dem herrschenden Wirrwarr leben

müssen. (CP, 10., 12., 13., 14., 18., 20., 26., 31.10.00; SCMP, Internetausgabe, 10.10.00) -hws-

#### 45 Positives Echo auf Nobelpreisverleihung an Gao Xingjian

Der an das schwedische Nobelpreiskomitee gerichtete Vorwurf, in diesem Jahr einen weithin unbekanntem mit dem Nobelpreis für Literatur ausgezeichnet zu haben, traf zumindest mit Bezug auf die taiwanische literarische Öffentlichkeit nicht zu. Gao Xingjian, seit 1988 in Paris ansässig und französischer Staatsbürger, hatte in Taiwan mit seinem Schaffen bereits vor der Ehrung Anerkennung gefunden, und zwar nicht nur als Schriftsteller, sondern auch als Maler. Seit 1980 stellte die taiwanische Presse ihn und sein Schaffen mehrfach vor. Gaos Hauptwerk, die Erzählung Shanling („Bergseele“) erschien 1990 erstmals in einem taiwanischen Verlag. Das Kunstmuseum Taipei veranstaltete vor fünf Jahren eine Ausstellung mit seinen Gemälden. Auch zur Zeit der Preisverleihung waren in Taipei Bilder von Gao in einer Galerie zu sehen. Vor sieben Jahren brachte eine Taipeier Schauspieltruppe eines von Gaos Theaterstücken auf die Bühne. (*Taipei Journal*, 27.10.00)

Die führenden Tageszeitungen der Inselrepublik berichteten von der Nobelpreisverleihung auf der Titelseite. Präsident Chen Shui-bian begrüßte die Ehrung. (CNAT, nach SWB, 16.10.00)

Gao, der sich seinem taiwanischen Publikum durch zwei Besuche auf der Insel auch persönlich vorgestellt hat, wird sich ab Januar kommenden Jahres zunächst für einen Monat erneut auf der Insel aufhalten, und zwar im Rahmen eines Kulturaustauschprogramms des Taipeier Kulturbüros. Die Einladung wurde bereits vor der Nobelpreisehrung ausgesprochen. (CP, 19.10.00; CNAT, nach SWB, 19.10.00) -hws-